

Wie wir dahin kamen, wo wir sind

Frauenbewegungen als politische Handlungssubjekte zwischen Realpolitik und Systemveränderung

Christa Wichterich

Die Geschichte von Frauenbewegungen in den vergangenen 100 Jahren seit dem ersten internationalen Frauentag hat einen großen Bogen beschrieben von Massenbewegungen an der Basis, über Projektbewegungen und dem langen Marsch durch Institutionen und Wissenschaften bis zu den aktuellen Latenzphasen. Als Aktivismus haben Frauenbewegungen weltweit eine „Atempause“ (Gerhard 1999) eingelegt und werden ebenso unermüdlich wie genussvoll totgesagt. Doch versprengte Artikulationen von Forderungen und Protesten in der Gegenwart zeigen zum einen die Aktualität „alter“ frauenpolitischer Themen, zum anderen ein neues Aufblitzen von Frauenbewegtheit und rebellischem Bewusstsein, zum dritten die Ausweitung identitäts- und geschlechtsbezogenen Aktivismus auf neue AkteurInnen: Frauenrechtlerinnen in Indien rütteln an den Gittern vor dem Parlament und rufen nach einer Frauen-Quote, migrantische Hausangestellte in Hongkong kämpfen für Anerkennung und gegen Prekarisierung, Slutwalk-Demos von Melbourne bis Berlin fordern das Recht auf Selbstbestimmung und Schutz vor sexistischer Gewalt, in Taiwan feiern Lesben öffentlich eine (nicht legale) Massen-Hochzeit.

Zwar wird das 20. Jahrhundert im Rückblick als Jahrhundert des Feminismus gefeiert, und Frauenbewegungen mit ihren „langen Wellen“ als Agentinnen sozialen Wandels und Katalysatorinnen von Modernisierung, Enttraditionalisierung und Demokratisierung. Die Veränderungen von Geschlechterverhältnissen mit einem Zugewinn an Frauenemanzipation, Frauenrechten und Geschlechtergleichheit in der Phase der neoliberalen Globalisierung schreiben Frauenbewegungen sich zu Recht als Erfolg auf ihre Fahnen. Gleichwohl zeigen nicht nur die oben erwähnten frauen- und genderbewegten Proteste die Kontinuität von Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung und die Tatsache, dass trotz der erzielten Erfolge eine Transformation der patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht stattgefunden hat. Frauenbewegungen spielen bei der derzeitigen Umgestaltung von Politiken keine relevante Rolle mehr, auf internationaler Ebene nicht und auf national-staatlicher Ebene nur sehr selten. Ob dies beim arabischen Frühling anders sein wird, muss sich noch zeigen.

Wie war es möglich, dass Frauenbewegungen als soziale Bewegungen so erfolgreich waren und gleichzeitig als revolutionäre Bewegungen gescheitert sind, wie Christina Thürmer-Rohr sagt (2009). Versteht man Frauenbewegungen als erfolgreiche Befreiungsbewegungen, stellt sich die Frage, wen oder welche Frauen sie wovon befreit haben. Was ist aus dem Spagat zwischen individueller und kollektiver Befreiung unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung geworden?

1. Gleichheitstrouble

Am Anfang von Befreiungsbewegungen war das Unrecht und ein kollektives Unrechtsbewusstsein. Freiheit von Unterordnung und Gewalt sowie die Idee der Gleichheit stellen deshalb für Befreiungsbewegungen von Unterdrückten, Kolonisierten oder von sozialen Minderheiten ein emanzipatorisches Doppelziel dar. Das Gleichheitsideal bot Frauenbewegungen einen gemeinsamen Deutungsrahmen für erlittenes Unrecht, Ungleichheit und Exklusion und ein gemeinsames Handlungsmotiv.

In den 1. deutschen Frauenbewegungen¹ dominierten Forderungen nach Gleichberechtigung – Wahlrecht, Bildung, Erwerbsarbeit – die Frauenkämpfe für gleiche Chancen, gleiche Rechte und reale Gleichstellung. Zentral war dabei der Rechtsansatz, dessen emanzipatorisches Potential in der Überwindung von Ausschluss liegt. Die Substanz war das „Recht, Rechte zu haben“, wie Hannah Arendt sagt, nämlich als vollwertige, eigenständige und gleichwertige Subjekte in bürgerlichen Gesellschaften anerkannt und geschützt zu werden. Anerkennung als politische Subjekte, als entwicklungsfähige Persönlichkeiten, als eigenständige Bürgerinnen und als vollwertige Arbeiterinnen muss mit der Umverteilung von Ressourcen, Rechten und Macht auf dem Weg zu Gleichheit und Freiheit Hand in Hand gehen. Anerkennung und Umverteilung lassen sich in schrittweise strategische Nahziele und Ziele mittlerer Reichweite mit bezug auf das Fernziel Gleichheit ausbuchstabieren.

Welche Gleichheit aber ist gemeint? Gleichstellung mit den Männern derselben sozialen Klasse oder Gruppe? Gleichheit aller Frauen in einem Land oder als globales soziales Recht im Weltbürgertum? In den 1. Frauenbewegungen in Deutschland hatten sich bürgerliche Frauen zunächst lediglich im Rahmen des Drei-Klassenwahlrechts für gleiche Rechte wie die bürgerlichen Männer eingesetzt, aber nicht für ein allgemeines Wahlrecht über Klassenschranken hinweg. Außerdem forderten die bürgerlichen Frauen den Zugang zu gehobenen Berufen, unterstützten jedoch wenig die Forderungen der Arbeiterinnen nach einem 8-Stundentag, Mutterschutz, Mindestlöhnen und gleichen Löhnen für gleiche Arbeit (Notz 2010). Sozialistinnen wie Clara Zetkin wollten stets Schulter an Schulter und niemals gegen die sozialistischen Männer kämpfen. Mit Parolen wie „Wir wollen Freie und wir wollen Gleiche sein“ und „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ reklamierten sie ein Recht auf Erwerbsarbeit für Frauen, als die aus dem 1. Weltkrieg heimkehrenden Soldaten die Arbeitsplätze einnahmen, die Frauen im Krieg besetzt hatten. Es wäre ihnen aber nicht in den Sinn gekommen, für Männer gleiche Pflichten im Haus und bei der Kinderbetreuung zu fordern.

Clara Zetkin forderte schon damals „Frauenrechte als Menschenrechte“, d.h. für alle Frauen weltweit und gleich. Denn wo immer nur eine soziale Gruppe Gleichheit für sich fordert und andere Ungleichheiten in den intersektionalen Systemen von Herrschaft ausblendet wie soziale Klasse und sexuelle Präferenzen, Herkunft und Ethnie, Religion oder Alter besteht die Gefahr, dass die Befreiung einiger ohne die Befreiung aller stattfindet oder auf Kosten anderer. Dieses Dilemma zieht sich wie ein roter Faden durch Frauenbewegungen.

Der größte Erfolg der 1. Frauenbewegungen und des punktuellen klassenübergreifenden Bündnisses zwischen dem proletarischen und dem bürgerlichen Lager war das allgemeine Wahlrecht für Frauen – zu diesem Zeitpunkt die wichtigste Richtungsforderung und ein historischer Durchbruch für Gleichberechtigung. Trotzdem: Das liberale Gleichheitsziel sagt noch nichts über den systemischen Bezug auf die gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Anerkennung und Umverteilung kann es auch innerhalb des Systems geben. Die Gleichstellungsforderung ist in der Geschichte von Frauenbewegungen zu einem demokratischen Versatzstück in allen Realpolitiken geworden, teils verschränkt mit dem Anspruch der Systemveränderung, häufig aber mit affirmativem Bezug auf das Gesellschaftssystem.

2. Individuelle Emanzipation und strukturelle Transformation

Während das zentrale Narrativ der 1. Frauenbewegungen im Westen die Gleichheit war, trat in den 2. Frauenbewegungen die Forderung nach Selbstbestimmung als Freiheitsmetapher in den Vordergrund. In Deutschland waren offene Auseinandersetzungen mit Männern und Männlichkeiten seit dem berühmten Tomatenwurf auf die SDS-Genossen 1967 kein Tabu mehr. Der gesellschaftliche Boden für ein rebellisches Frauenbewusstsein und emanzipatorische Forderungen war historisch durch die StudentInnenbewegung und ein anti-autoritäres Aufbegehren außerparlamentarischer, zivilgesellschaftlicher Kräfte gegen die Verkrustungen und Repressionen der bürgerlichen Demokratien bereitet. Auf diesem Hintergrund waren genau zu diesem Zeitpunkt die damals radikal neuen, patriarchatskritischen Themen wie Sexualität und sexistische Gewalt oder Hausarbeit und geschlechtshierarchische Arbeitsteilung in hohem Maße mobilisierungstauglich und bündnisfähig (Lenz 2008).

Bei ihrem Aufbruch verknüpften Frauenbewegte individuelle Betroffenheit mit Systemkritik (Thürmer-Rohr 2008). Ausgehend von körperpolitischen Themen und Subjektivitäten schufen die neuen Frauenbewegungen mit dem Diktum, „das Private ist politisch“ das Jahrhundertprojekt der Politisierung des Privaten. Damit konstituierten die Frauen sich als „Expertinnen des Alltags“ und kollektives herrschaftskritisches Subjekt und eigneten sich Definitionsmacht und rechtliche Ansprüche an. Sie kehrten das Innere des patriarchalen Systems nach außen, machten das Verborgene sichtbar und brachen das Schweigen über ein Herrschaftsverhältnis im Bauch der Gesellschaft, indem sie Unbenanntes öffentlich benannten und Aushandlung einforderten. Tabubruch ist noch kein Systembruch, aber er reißt Räume auf, in denen für strukturelle Veränderungen gekämpft werden kann.

Mit der Politisierungsstrategie überwandene die neuen Frauenbewegungen nicht nur die Abspaltung des Privaten aus dem Öffentlichen, sondern auch die künstliche Trennung zwischen dem sozialen und kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bereich. Sie dekonstruierten Geschlechterverhältnisse als systemische Herrschafts- und Ordnungsstruktur: das Patriarchale bzw. die hegemoniale Männlichkeit ist tief eingeschrieben in das Alltagsbewusstsein, die Tiefenstruktur und die Körper, in die gesellschaftlichen Institutionen und alle Politiken.

Die Artikulationen der Frauenrebellion in alltäglicher Subversion, in zivilem Ungehorsam und der Aneignungsgeste des „mein Bauch gehört mir“ stellte einen Angriff auf die patriarchale Ordnung als Herrschafts- und Ungleichheitssystem dar. Sie verunsicherten und delegitimierten patriarchale Eigentums- und Gewaltverhältnisse oder – um es gramscianisch zu formulieren – das hegemoniale Patriarchat. Gerade die multilokalen Ansatzpunkte der Frauenbewegung - vom individuellen „Geschlechterkampf“ am häuslichen Tisch und Bett bis zu den öffentlichen Forderungen nach Rechtsreform und Gleichstellung an den patriarchalen Staat, von den Selbsterfahrungsgruppen bis zur Titelseite des Stern mit der „ich habe abgetrieben“-Schlagzeile, - erschütterten gesellschaftliche Alltagsverhältnisse und Geschlechterbeziehungen in Mark und Bein, Kopf und Herz. In der Forderung nach Selbstbestimmung, sprich: Befreiung von Unterdrückung und Bevormundung, verschränkten sich ein Feminismus individueller Betroffenheit und die feministische Gesellschafts- und Patriarchatskritik. Die Selbstbestimmungsforderung war zu diesem Zeitpunkt die zentrale Richtungsforderung, die auf der Zielebene die Emanzipation des Subjekts mit dem Ziel der Transformation der Strukturen verknüpfte. In der spielerisch subversiv klingenden Formel, die „Verhältnisse zum Tanzen zu bringen“ (im englischen hieß es: „rock the boat“), drückt sich der transformatorische Anspruch aus, der – anders als der sozialistisch revolutionäre Anspruch – nicht nur die materielle Ordnung, sondern gleichrangig auch die symbolische Ordnung destabilisieren wollte.

Die Thematisierung von Hausarbeit und der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, von Frauendiskriminierung in den Märkten und beim Eigentum rückte die Verwobenheit von Patriarchat und Kapitalismus bzw. die Entstehung kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse aus patriarchalen Strukturen und Herrschaftshandeln ins Bewusstsein. Geschlechteremanzipation und soziale und ökonomische Befreiung vom Kapitalismus schien aus dieser Sicht verkoppelt.

Der entscheidende Unterschied zu den „alten“ Frauenbewegungen bestand darin, dass sich hier autonom, nämlich unabhängig von Parteien, von Klassenpositionen und politischen Ideologien ein politisches Handlungssubjekt mit einer neuen kollektiven Identität formierte, über soziale, politische und andere Identitäten und Zugehörigkeiten hinweg und quer dazu. Wie andere neue soziale Bewegungen lassen diese politischen Subjekte sich nicht mehr binären politischen Schemata wie links – rechts, konservativ – progressiv zuordnen. Zugespitzt sollte das Prinzip der Autonomie im Denken und Handeln eine Anpassung an die männlichen Normen in der Gesellschaft verhindern.

Mit dem Aufbau eigener feministischer Medien bis zu Massendemonstrationen für ein Recht auf Abtreibung und großen internationalen Treffen erzeugten die Bewegungen dann gezielt eigene Foren des Austauschs und der Selbstverständigung und schufen eine politische Gegenkultur zu den etablierten Frauenverbänden und bürokratischen Organisationsformen wie die Gewerkschaften. Die autonomen Ansätze und neuen Themen verknüpft mit der Kritik des patriarchalen und kapitalistischen Systems prägten diese Phase der 2. Frauenbewegungen von den Bauchbewegungen zu Protestbewegungen der Straße (Lenz 2008).

3. Das verflixte Wir

Frauenbewegungen waren und sind ein Sammelbecken, keine homogenen Organisationen, sondern ein Ensemble pluraler Formen, Prozesse und heterogener Akteurinnen. Es sind soziale Handlungszusammenhänge, die sich auf unterschiedlichen politischen Ebenen ständig neu formieren, weil Frauen nach Gemeinsamkeiten suchen, sich streiten, Solidarität erklären, strategische Allianzen bilden, sich vernetzen, gemeinsam kämpfen und verhandeln und dann wieder verschiedene Wege gehen. Zu keinem Zeitpunkt war es ein Leichtes, in Frauenbewegungen über unterschiedliche Interessen und Identitäten hinweg eine strategische, d.h. kampfbetonte kollektive Identität zu bilden. Die Spannung zwischen Einheit und Pluralität auszubalancieren ist Vorbedingung, um als Bewegungssubjekt handlungsfähig zu werden.

Sowohl in den 1. als auch in den 2. Frauenbewegungen schien die individuelle Emanzipation der Einzelnen nicht abtrennbar von, sondern verschränkt mit der kollektiven Emanzipation von Frauen als sozialer Gruppe bzw. von der Emanzipation des Geschlechts, das als das „andere“, nicht-normerfüllend oder minderwertig sozio-kulturell konstruiert ist. Andererseits reicht die Geschlechtszugehörigkeit allein nicht als Konstituens einer kollektiven Kampfidentität aus. Exemplarisch brachte Domitila Barrios, Ehefrau eines bolivianischen Minenarbeiters, zum Ausdruck, als sie 1975 bei der 1. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen auf eine Dame aus der mexikanischen Elite traf: „Sagen sie mir bitte, Senora, hat Ihre Lage Ähnlichkeit mit der meinen? Über welche Gleichheit werden wir reden? Scheint es Ihnen nicht so, dass wir im Augenblick, auch als Frauen, nicht gleich sein können?“ Schon immer war die Geschlechtsidentität eingebunden in multiple Identitäten. Sie ist in

intersektionalen Herrschaftsstrukturen geprägt oder überlagert durch andere Zugehörigkeiten wie soziale Klasse, Ethnie, Herkunft, Religion oder Alter.

Anfänglich machten es sich westliche weiße Feministinnen leicht mit der Konstruktion des „Wir“ als geschlechtsbasierte Identität und als kollektives Handlungssubjekt gegen das als Feindbild identifizierte Patriarchat. Das „Wir“ hat immer das Potential von Macht und Masse, Gegenmacht. Mit diesem Motiv verabsolutierten westliche Feministinnen nicht nur Geschlechterverhältnisse als gesellschaftliches Paradigma von Herrschaft, Gewalt und Unterdrückung. Sie dehnten auch die gerade erst angeeignete Definitions- und Repräsentationsmacht naiv auf das weibliche Geschlecht schlechthin aus. Dabei ignorierten oder vernachlässigten die meisten Feministinnen die Intersektionalität realer Macht- und Unterdrückungsverhältnisse. Diese essentialistische Fehlleistung wurde durch plurale Realitäten schnell aufgebrochen: Mütter, Lesben, Schwarze, Migrantinnen, Jüdinnen, Musliminnen etc. meldeten sich zu Wort, widersetzten sich der Repräsentation durch andere, kündigten Bündnisse auf und wollten für sich selbst sprechen.

Die Identifikation gemeinsamer Nenner wurde noch einmal schwieriger, als sich internationale Frauennetzwerke und -bewegungen zum einen mit Bezug auf die Vereinten Nationen, zum anderen im Windschatten der Globalisierung organisierten. Westliche Feministinnen unterstellten mit dem Slogan „globaler Schwesternschaft“ in den 1980er Jahren eine „gemeinsame Weltsicht“ von Frauen als Folge einer „gemeinsamen Ausgangslage“ (Morgan 1984). Oder aber sie konstruierten die Frauen der „Dritten Welt“ essentialistisch als subalterne Subjekte, als unemanzipierte „Andere“, als ewige Opfer eines noch gewaltförmigeren und unterdrückerischen Patriarchats. Feministinnen aus dem globalen Süden wandten sich mit post-kolonialer Geste gegen jedwede feministische Bevormundung und Führungsansprüche aus dem Norden. Die gefeierte post-koloniale Theoretikerin Gayatri Spivak verweigerte sich der globalen Verschwisterung: „I am not a sister.“ (Spivak 1996). Sie warf westlichen „hegemonialen“ Feministinnen vor, sich zu Agentinnen eines „imperialen Projekts“ zu machen, das die Stimmen der Subalternen verstummen lasse (Spivak 1988). Die neue Funktionärinnen-Elite bei den Vereinten Nationen schimpfte sie „feministische Apparatschiks, die die Organisation von Konferenzen mit Aktivismus schlechthin verwechseln“.

Spivak blieb auch skeptisch gegenüber dem „strategischen Essentialismus“, mit dem Frauenorganisationen bei den Vereinten Nationen als politisches Kollektivsubjekt auftraten. Als sich verschiedenste Netzwerke und Frauenbewegungen nach dem Ende der bipolaren Weltordnung zu einer transnationalen Mobilisierung und Organisierung entschlossen, um sich in den Aufbau von *Global Governance* Regimen bei den UN einzumischen, konstruierten sie eine „Wir-Frauen-Identität“ als eine zielgerichtete strategische Verschwisterung. Die Strategie des „wir“-Kollektivs entwickelten Feministinnen gezielt, um politisch artikulationsfähig und eingriffsmächtig in männlich dominierten Feldern internationaler Verhandlungspolitik auftreten zu können, sozusagen als Lobbyistinnen des weiblichen Geschlechts, als *Global Women's Lobby* wie sie später genannt wurden. Nach Jahrzehnten des von den Medien gern aufgeblähten Schwesternstreits zwischen Nord- und Süd-Frauen und unterschiedlichen Prioritätensetzungen demonstrierte die strategische Verschwisterung zu Beginn der 1990er Jahre nach außen Einheit, Homogenität und Geschlossenheit trotz aller internen Differenzen und Diversität. Die beiden Säulen, auf denen die Verschwisterung ruhte, waren gemeinsame Sorgen und gemeinsame Strategien, nämlich die Forderung nach Partizipation und Entscheidungsmacht – nicht aber eine homogene weibliche Geschlechtsidentität.

Dies zeigte sich am deutlichsten bei der *Women's Action Agenda 21*, einem eigenen Positionspapier dieser sich selbst organisierenden Frauenbewegung im Vorfeld der Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio de Janeiro. „*Wir Frauen, aus vielen Ländern, Kulturen und Glaubensrichtungen, aus verschiedenen Ethnien und Klassen, sind hier zusammgekommen, um unsere Sorge um das Befinden unseres lebendigen Planeten zu artikulieren... Wir fordern unser Recht, als die Hälfte der Weltbevölkerung, unsere Perspektiven, Werte, Fähigkeiten und Erfahrungen in die Politik gleichberechtigt mit Männern einzubringen....*“ (WEDO 1992)

Um eine gemeinsame Klammer für diese strategische Verschwisterung zu haben, dockten diese neuen internationalen Frauenbewegungen an das Menschenrechtsparadigma der UN an und brachten mit der Doppelparole von „Menschenrechte sind Frauenrechte!“ und „Frauenrechte sind Menschenrechte!“ ihre eigene Rechtsdefinition ein. Die besagt, dass Frauen einerseits alle Menschenrechte ungeteilt zustehen, sie andererseits aber auch geschlechtsspezifische Rechte wie Schutz vor Gewalt als Menschenrechte benötigen. Für die pluralen Frauenbewegungen bedeutete das Frauen-/Menschenrechtsparadigma ein gemeinsamer Referenzrahmen und ein normatives Verbundsystem, das sowohl Themen als auch verschiedene politische Handlungsebenen vom Lokalen zum Globalen verknüpft. Auf internationaler Ebene war die Forderung nach globalen Frauen-/Menschenrechten eine optimale Richtungsforderung, als die Aushandlung von *Global Governance* Regimen anstand.

Wie bei den neuen Frauenbewegungen im Westen so erwies sich das Thema Gewalt gegen Frauen auch bei der Entstehung internationaler Frauennetzwerke als stärkstes Konstituens eines „wir“ auf der Grundlage des weiblichen Geschlechts und als kulturübergreifendes Solidarisierungsvehikel – trotz der unterschiedlichen Gewalterfahrungen von Frauen in den verschiedenen politischen, sozialen und kulturellen Kontexten. Es wurde zur Antriebsfeder für den Aufbau transnationaler Anti-Gewalt-Bewegungen, Kampagnen und Netzwerke, die ausgehend von der kollektiven Geschlechtsidentität verschiedenste Gewaltformen von Vergewaltigung im Krieg wie in der Ehe bis zu kulturell relativierter Gewalt wie Genitalverstümmelung oder Ehrenmorde skandalisierten und als Politikum auf die internationale Agenda setzten (Keck/Sikkink 1998:165-199). Schutz vor Gewalt und die Achtung der körperlichen Integrität und Würde von Frauen als universelle Norm bildeten eine zentrale Achse von Frauenrechtskämpfen weltweit. Es gelang der Kampagnen, Lobby- und Advocacy-Arbeit, die Normsetzung der Vereinten Nationen und die Rechtsgebung nationaler Regierungen zu beeinflussen, sodass Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung zunehmend anerkannt und geahndet wird.

Gegenläufig zu diesen neuen „Wir-Identitäten“ auf transnationaler Ebene, fragmentierten viele Frauenbewegungen in eine Pluralität verschiedenster identitärer Bewegungen mit dem Anspruch der Selbstrepräsentation und der Anerkennung von Unterschieden, auch zwischen den Generationen. Die Runderneuerung des feministischen Denkens durch den von Judith Butler eingeführte Queer-Ansatz zielte auf eine radikale Dekonstruktion jeglicher Wir-Identität von Frauen und auf eine Überwindung von Zwangsheterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit. Queer will Realitäten ent-gendern statt sie durch zweigeschlechtlich orientierte Politiken immer neu zu reproduzieren. Damit erodiert der Queer-Ansatz den alten Frauenbewegungen den kollektiven Boden unter den Füßen.

Gleichzeitig ist der Queer-Ansatz Anknüpfungspunkt für Kämpfe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex, LGBTI-Bewegungen, die sich inzwischen in allen Kulturen und Religionen gegen Heteronormativität und für Rechtsgleichheit einsetzen. Sie greifen verschiedene feministische Leitprinzipien auf: die Politisierung des Privaten, die

Vielfalt von Subjektivitäten, Fokus auf Körperpolitik und Sexualität, Widerspruch und Widerstand gegen hegemoniale Normen und die Absage an das Stellvertretungsprinzip. Wie Migrantinnen und Indigene kündigen sie das „Wir“ der Frauen auf, wollen sie für sich selbst sprechen und nicht mehr „mitgemeint“ sein.

Nancy Fraser sieht angesichts dieser Transformation von Frauenbewegungen eine Aufspaltung des alten Doppelziels von Frauenbewegungen, Anerkennung und Umverteilung. Bei Umverteilungspolitik sind soziale und Klassenunterschiede der Dreh- und Angelpunkt, bei Anerkennungspolitik sind es die verschiedenen Identitäten, die fokussiert werden. Fraser sieht einen Gegensatz zwischen einer liberalen Anerkennungs- und Gleichheitspolitik, der über (berechtigte) Gleichheitsforderungen die Systemkritik verloren geht, und Umverteilungsforderungen, die auf Systemveränderung als Fernziel orientieren. (Fraser 2001).

4. Der Spagat zwischen drinnen und draußen

Die neuen Frauenbewegungen des Westens waren von autonomen Positionen außerhalb der etablierten politischen Institutionen aufgebrochen, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Die neuen internationalen Frauenbewegungen, die in den 1990er Jahren aufbrachen, um Einfluss auf internationale Politikregime zu nehmen, erhoben zu Beginn mit der Parole „No bigger piece of the poisoned cake“ und der *Women`s Action Agenda 21* den Anspruch der Systemtransformation und einer ethischen Grunderneuerung von Geschlechter-, Wirtschafts- und Naturverhältnissen.

Im Prozess der Verstetigung hatten sich die Bewegungen der Straße in Projekte- und NGO-Bewegungen, meist immer noch mit dem Autonomieanspruch verwandelt, aber zunehmend finanziert durch Mittel von außen, vor allem mit staatlichen Geldern (Wichterich 2001). Gleichzeitig sollte ein langer Marsch durch die Institutionen, Partizipation, Professionalisierung und eine Gendertechnologie wie das Gender Mainstreaming Rechts- und Gleichheitsansprüche schrittweise durchsetzen. Realpolitik erschien als Mittel auf dem langen Weg zur Systemveränderung. „Transformation durch Partizipation“ gab DAWN, das diskursführende Netzwerk von Südfrauen, als Parole aus. Mit Erfolg. Die Institutionalisierung von Frauen- und Genderpolitik z.B. im bundesdeutschen flächendeckenden Netz von Gleichstellungsbeauftragten und in der Verankerung des Gender Mainstreaming im Amsterdamer Vertrag der EU wären ohne den Druck der Bewegungen von unten nicht denkbar gewesen wären.

Doch der Erfolg hat eine bittere Seite. Für Feministinnen bedeutet der Bezug auf den Staat als norm- und rechtssetzende Instanz und Interessenausgleicher ein Dilemma, denn sie hatten den Staat stets als formal und inhaltlich zutiefst patriarchale Veranstaltung kritisiert (Sauer 1999). Trotzdem nahmen sie nun den Staat als Anwalt von Frauenrechten und Beschützer ihrer Integrität in die Pflicht, um ihrem Fernziel der Emanzipation und Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse näher zu kommen. Im Gegenzug wurden sie in den staatlichen Institutionen vereinnahmt, um Nahziele systemkonformer Gleichstellung zu erreichen. Die erfolgreiche Institutionalisierung von Frauenpolitik und die Integration von Frauenbewegten hat ihren Preis in Anpassungsleistungen der „outsiders within“, Feministinnen in Institutionen (Holland-Kunz 2003). Partizipation erfordert Akzeptanz institutioneller Spielregeln, Realpolitik schleift das Widerständige ab, Systemkritik wird durch Teilhabe weichgespült. Die visionären und emanzipatorischen Anteile von Frauenpolitik werden von systemimmanenten liberalen Gleichstellungsforderungen verdrängt und verkümmern zu

Verfahrenstechniken – entradikalisiert und entpolitisiert. Trotz Warnungen gegenüber dem affirmativen Charakter des *Gender Mainstreaming* wie „We don't want to be mainstreamed into a polluted stream!“ (Bella Abzug) wurde es zu einem Instrument, um Gleichheitsansätze und eine Geschlechterperspektive einzubringen, nicht aber um die Agenda geschlechtergerecht neu auszuhandeln (Charkiewicz 2004).

Der Gegensatz von liberaler Gleichheitspolitik und Systemkritik spitzt sich dabei immer wieder als Konflikt zwischen affirmativem und transformativer Zielgerichtetheit zu. In der Bundesrepublik geschah dies paradigmatisch in der Auseinandersetzung über Frauen in der Bundeswehr. Was hat Vorrang: Gleichstellung oder das feministische Prinzip des Anti-Militarismus? Gleichheit setzte sich damals als mehrheitsfähigeres Ziel durch.

Für Lateinamerika stellte Sonia Alvarez (2000) fest, dass sich die hybride Identität von Frauenbewegungs-NGOs, nämlich die Kombination von Emphase und Professionalität, zunehmend auflöste und der professionelle Anteil der Arbeit in den Vordergrund trat, als Feministinnen als Politikberaterinnen oder Ausführungsorgane politischer Maßnahmen tätig wurden. Die Fachkompetenz verdrängte die Empörung sozialer Bewegungen.

Auf internationaler Ebene waren die Strategien politischer Einflussnahme durch transnationale Frauenbewegungen insgesamt primär von Anerkennungs- und Systemaffirmation dominiert, um Nancy Fraser's Kategorien anzuwenden. Die *Global Women's Lobby* erstritt Anerkennung für Frauen als politische und Rechtssubjekte sowie eine Geschlechterperspektive in verschiedenen Politikfeldern. Der deutliche Gewinn an politischer Transparenz und Partizipation, den sie erhandelte, verdeckte, dass sie keine substantielle Entscheidungs- und Gestaltungsmacht gewann. Durch den Anpassungsdruck wurden die anfänglich artikulierten transformatorischen und umverteilungsorientierten Ansprüche der globalen Frauenbewegungen zurückgedrängt von liberalen integrations- und partizipationsorientierten Ansätzen (Naples 2002:278). Ebenso erwies es sich als leichter, Anerkennung für bürgerlich-politische Frauenrechte zu erzielen als für ökonomische oder auch sexuelle Rechte. Die neoliberale Globalisierung in ihrer Komplexität und Totalität rückte das Ziel der Systemtransformation in eine immer weitere und vagere Ferne. 2005, zehn Jahre nach der Serie großer UN-Konferenzen resümierten die Vertreterinnen von früheren Frauenbewegungen: „We are no more agents of change“.

Der Wechsel von Gender-Expertinnen in die Politikberatung oder direkt in politische Institutionen schuf in den Bewegungen und den Netzwerken Hierarchien, z.B. zwischen hauptamtlichen Profis und ehrenamtlichen feministischen Aktivistinnen, zwischen den lokal Verwurzelten und den globalisierten Jet-Setterinnen, aber auch zwischen verschiedenen Wissensformen. Hieß es zu Beginn der neuen nationalen und internationalen Frauenbewegungen stets, dass „jede Frau Expertin des Lebens“ wäre, so fand jetzt erneut eine Aufwertung von Fachwissen und professioneller Expertise gegenüber Erfahrungswissen und Alltagsexpertise statt. Dabei wuchsen die Gefahr der Abkoppelung der Profis von der Basis und das Risiko eines Rückkopplungs- und Demokratiedefizits zwischen den unterschiedlichen politischen Handlungsebenen und Praktiken in den Bewegungen (Naples/Desai 2002:31. 276, Harcourt 2006).

Immer wieder versuchten Frauenbewegungen, durch eine Drinnen-Draußen-Strategie, nämlich eine Doppelstrategie von konfrontativem Aktivismus auf der Straße und verhandlungsbezogenen Taktiken in den politischen Institutionen Brücken zwischen Protest und Partizipation zu schlagen und aktiv Solidarität herzustellen (Naples/Desai 2002). Die Akteurinnen auf den verschiedenen Ebenen sind ebenso aufeinander angewiesen wie die

Wissenssysteme voneinander abhängig sind. So protestierten bei den WTO-Ministerkonferenzen in Cancun und Hongkong außerhalb des Konferenzortes widerstands- und kampagnenbasierte soziale Bewegungen, in Hongkong unter anderem *Via Campesina* mit Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen sowie Migrantinnenorganisationen, drinnen versuchten überwiegend wissensbasierte NGOs, einen Dialog mit den VerhandlerInnen bei der WTO aufzunehmen. Hauptziel war der Aufbau von Gegenmacht statt von Mitmacht, das Öffentlich-Machen von Gegenexpertise zur neoliberalen Politik statt die Produktion von anschlussfähigem Wissen.

5. Emanzipation und neoliberale Globalisierung

Die globalen Märkte und die neoliberale Politik integrierten in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer mehr Frauen mit dem Versprechen auf Gleichstellung. Dabei zeigen Erfahrungen vom südafrikanischen Parlament bis zu US-amerikanischen Unternehmen, dass da, wo Frauen an neoliberaler, kapitalistischer und patriarchaler Macht partizipieren, die Teilhabe allein keineswegs Anstöße zu einer Transformation garantiert, wie z.B. die Forderung nach einer „kritischen Masse“ – ein Drittel in politischen Institutionen – unterstellt hatte (Wichterich 2009).

Individualisierung und Eigenverantwortung, Leistung und Konkurrenz auf den Märkten bieten starke Anknüpfungspunkte für individuelle Emanzipation und Karrieren von Frauen. Bizarerweise treffen sich die Zielachsen vieler Frauenrechtskämpfe, die auf Leitbilder von Selbstbestimmung, Eigenständigkeit, individueller Freiheit, Autonomie orientieren, und ihre Forderungen - von eigenständiger Existenzsicherung bis zur Befreiung von patriarchaler Kontrolle - mit der Logik der globalisierten Märkte: der unregulierte Markt ist der Raum für individuelle Entfaltung und freie Wahl, wo jede/r Verantwortung für sich selbst übernimmt. Individuelle Emanzipation erscheint hier - gegenläufig zum Ausgangspunkt früherer Frauenbewegungen - unabhängig von der Emanzipation des Geschlechts. Historisch ist die Marktintegration von Frauen Überwindung von Exklusion und ein gleichstellungspolitischer Fortschritt, auch wenn sie auf den Märkten unter geschlechtsspezifischen und ungleichen Bedingungen stattfindet. Gleichzeitig aber bedeutet sie, dass das politische Emanzipationsprojekt der Frauenbewegungen in das „eindimensionale Denken“ (Bourdieu) des neoliberalen Projekts eingepasst und dort umgedeutet wird: der freie Markt erscheint als Ort optimaler Ressourcenallokation wie auch als optimaler Ort für Frauenrechte und Gleichstellung (Fraser 2009).

Genau dies nutzten in jüngster Vergangenheit Karrierefeministinnen, junge hochqualifizierte Frauen wie die deutschen Alpha-Mädchen und die F-Klasse, um partikulare Gleichstellungsinteressen als kleine artikulationsmächtige soziale Gruppe durchzusetzen – und zwar in Abgrenzung gegen frühere Frauenbewegungen und ohne einen Blick auf das große Ganze der Ökonomie und die wirtschaftlichen Nöte anderer Frauen. Die Forderung nach einer Frauenquote in Spitzenpositionen der Wirtschaft, sind – wenn sie alleine steht – Beispiele dafür, wie kongruent berechnete Gleichstellungs- und Karriereambitionen mit den Grundprinzipien des wirtschaftlichen und politischen Neoliberalismus sind.

Genau zu dem Zeitpunkt, wo die post-fordistischen Erfordernisse der neoliberalen Märkte das männliche Ernährermodell flexibilisieren, taucht der Queer-Ansatz mit seiner Forderung einer Flexibilisierung von Geschlechternormen (Brodie 2004; Nowak 2004). Tove Soiland wirft den Gender Studies und dem *cultural turn* in den Sozialwissenschaften deshalb vor, mit dem

stieren Blick auf Identitäten kapitalistische Ausbeutung zu ignorieren und den „Feminismus entwaffnet“ zu haben (Soiland 2009).

Veronica Schild hat am Beispiel Chiles analysiert, wie institutioneller und politischer Druck Feministinnen aus den Projektbewegungen direkt in einen neoliberalen Konsens befördern. Die Forderungen von Frauenorganisationen nach individuellem Empowerment spielten der wirtschaftsliberalen Politik der Regierung, ihrem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit durch flexibilisierte Frauenarbeit und eigenverantwortlicher, autonomer Bürgerschaftlichkeit in die Hände (Schild 2003). Diese Konvergenz feministischer und neoliberaler Ziele mündet in Anpassung und Selbstregulierung. Das bedeutet, dass die gleichstellungsorientierten Gender-Expertinnen Teil der gesellschaftlichen Hegemonie werden und, wie Gramsci sagt, als „erweiterter Staat“ agieren, indem sie Regierungen helfen, Gleichstellung in ihre neoliberalen Politiken zu integrieren.

Die Institutionalisierung von Frauenpolitik und die Partizipationsmechanismen erwecken den Eindruck, dass Frauenbewegungen an ihrem Ziel, nämlich in der Mitte der Politik angekommen sind. Wo der Staat, den Feministinnen immer patriarchal geschimpft hatten, sich nun frauenpolitischer Anliegen annimmt und sich mit neuen Gesetzen und einzelnen Gleichstellungsmaßnahmen sogar „staatsfeministisch“ gebärdet, erscheinen emanzipations- und transformationsgerichtete soziale Auseinandersetzungen nicht mehr notwendig. Je mehr Frauenforderungen in das Standardprogramm politischer Rhetorik aufgenommen sind – auch wenn dies erstens selektiv geschieht und zweitens nicht zwangsläufig etwas mit Umsetzung zu tun hat –, desto überflüssiger scheint es, dass sie von zivilgesellschaftlichen Kräften artikuliert werden. Frigga Haug nennt die punktuelle Aufnahme emanzipatorischer Forderungen durch die Politik im Anschluss an Gramsci eine „passive Revolution“, die feministische Kritik entschärft (Haug 2006:93f).

Die vielen Erfolge von Frauenbewegungen auf unterschiedlichen Ebenen haben die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein breites Spektrum von Gleichstellungsschritten und individuellen Emanzipationsfortschritten verbessert. In derselben Zeit verdunstete im Boom der neoliberalen Globalisierung jedoch die Systemkritik. Damit spitzt sich als Widerspruch zu, dass die Emanzipation einzelner Frauen zum einen zwangsläufig mit einer Entsolidarisierung und einer Entpolitisierung von Emanzipationsinteressen einhergeht, zum anderen letztlich der Stabilisierung des neoliberalen Systems dient statt Herrschaftsverhältnisse zum Tanzen zu bringen.

¹ Im folgenden wird von Frauenbewegungen wegen der inneren Differenziertheit, die jüngste Forschungen betonen, stets im Plural geredet, siehe Lenz, 2008:17

Literatur

Alvarez, Sonia 2000: Translating the Global: Effects of Transnational Organizing on Local Feminist Discourses and Practices in Latin America. *Meridians* 1(1), 29/67

Brodie, Janine 2004: Die Re-Formulierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen. In: *Widersprüche* 46, 24.Jg., S. 19-32.

Charkiewicz, Ewa 2004: Beyond Good and Evil. Notes on Global Feminist Advocacy, in: *ISIS, Women in Action* (2004): Examining feminist and social movements, Manila, 50-62

Fraser, Nancy 2001: Von der Umverteilung zur Anerkennung? Dilemmata der Gerechtigkeit in post-sozialistischer Zeit, in: Dies.: Die halbierte Gerechtigkeit, Frankfurt, 23-66

Fraser, Nancy 2009: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8'09, 43-58

Gerhard, Ute 1999: Atempause. Feminismus als demokratisches Objekt, Frankfurt

Harcourt, Wendy 2006: The Global Women's Rights Movement. Power Politics around the United Nations and the World Social Forum, UNRISD, Geneva

Haug, Frigga 2006: Links und feministisch? Feministische Kapitalismuskritik – Probleme und Perspektiven, in: Widerspruch 50, Alternativen, 26.Jg./1. Halbjahr 2006, 87-99

Holland-Cunz, Barbara 2003: Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt

Keck, Margaret/Sikkink, Kathryn 1998: Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics, Ithaka

Lenz, Ilse (Hrsg.) 2008: Die Neue Frauenbewegung in Deutschland, Wiesbaden

Morgan, Robin 1984: Sisterhood Is Global, The International Women's Movement Anthology. Garden City, N.Y.

Naples, Nancy/Desai, Manisha (eds.) 2002: Women's Activism and Globalization, New York/London

Naples, Nancy 2002: The Challenges and Possibilities of Transnational Feminist Praxis, in: Naples, Nancy/Desai, Manisha (eds.) (2002): Women's Activism and Globalization, New York/London, 267-283

Notz, Gisela 2011: Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften: Geschichte(n) – Tradition und Aktualität, Berlin

Nowak, Jörg 2004: Geschlechterverhältnisse und Politik des Kapitals: Zur Relevanz staatlicher Politik für gesellschaftliche Arbeitsteilung im Neoliberalismus. In: Nachtigal, Andrea; Birgit Nieden & Tobias Pieper (Hrsg.): Gender und Migration, Berlin, S. 121-139.

Soiland, Tove 2009: Gender oder Von der Passförmigkeit der Subversion. Über die Konvergenz von Kritik und Sozialtechnologie, in: Das Argument 281, Hamburg, 409-420

Schild, Veronica 2003: Die Freiheit der Frauen und gesellschaftlicher fortschritt. Feministinnen, der Staat und de Armen bei der Schaffung neoliberaler Gouvernamentalität, in: Peripherie Nr.92, 481-507

Spivak, Gayatri Chakravorty 1996: ‚Woman‘ as theatre. United Nations Conference on Women, Beijing 1995, in: Radical Philosophy 75, S.2ff

Spivak, Gayatri 1988: Can the Subaltern Speak? Speculations on Widow Sacrifice. in: Grossberg, Lawrence/Nelson, Gary (eds.): Marxism and the Interpretation of Culture, Urbana, 271-315

Thürmer-Rohr, Christine 2009: Geschlechterverhältnisse. Selbstbestimmung, Menschenrechte und Gewalt, Vortrag am 8.3.2009 in: Die Mütze, Köln

Wichterich, Christa 2001: From Passion to Profession? Mehr Fragen als Antworten zu Akteurinnen, Interessen und Veränderungen politischer Handlungsbedingungen der neuen internationalen Frauenbewegung, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, Heft 1+2, 128-138

Wichterich, Christa 2009: gleich – gleicher – *ungleich*. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung, Königstein/Taunus

WEDO 1992: World Women's Congress for a Healthy Planet, Official Report, New York